

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 8 – Finanzielle Unterstützung für Schüler*innen der Inseln und Halligen

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 333.17 / 15.11.2017

Alle Schüler*innen von den Inseln und Halligen sollen die gleichen Bedingungen für den Schulbesuch haben

Sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere lieber SSW,

vielen Dank für Ihren Antrag. Er greift ein Thema auf, das wir in unserem Jamaika-Koalitionsvertrag vereinbart haben. Teil meines Wohnortkreises Pinneberg ist die Insel Helgoland. Eine Hochseeinsel mit etwa 1400 Einwohner*innen. Es gibt dort eine Grund- und Gemeinschaftsschule, aber ohne Oberstufe. Also wechseln die Schüler*innen, die weiter die Schule besuchen wollen, auf eine Schule auf dem Festland.

Da die Schüler*innen nicht täglich von der Hochseeinsel pendeln können, wohnen sie auch auf dem Festland. Das kostet Geld – für Unterbringung, Verpflegung und Reisekosten. Um die finanziellen Lasten für die Eltern zumindest etwas aufzufangen, gibt es seit dem Schuljahresbeginn 2016/17 das sogenannte „Helgoland-Stipendium“.

In diesem Vertrag ist vereinbart, dass es eine finanzielle Beihilfe gibt, wenn Schüler*innen eine Oberstufe besuchen oder einen weiteren schulischen Abschluss, auch an beruflichen Schulen, machen wollen. Es sind 300 Euro, die einkommensunabhängig gezahlt werden. Die Kosten teilen sich das Land, der Kreis Pinneberg und die Gemeinde Helgoland. Dies ist ein gutes Modell, um allen Schüler*innen die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen.

Da ist es nur konsequent, dieses Modell auch auf die Schüler*innen der nordfriesischen Inseln und Halligen zu übertragen und ein „Nordfriesland-Stipendium“ zu schaffen. Deshalb haben wir es auch so in unserem Koalitionsvertrag vereinbart.

Der Teufel steckt aber, wie so oft, im Detail. Zum einen, weil die Schulen auf den Inseln

und Halligen unterschiedlich sind. Einige enden mit dem ersten allgemeinbildenden Schulabschluss, dem ESA. Hier wechseln die Schüler*innen schon zum 10. Schuljahr aufs Festland. Andere besuchen eine Oberstufe auf dem Festland oder wechseln auf das Gymnasium auf Föhr. Dazu scheint es aber eine einvernehmliche Lösung zu geben.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Kreis Nordfriesland und das Land Schleswig-Holstein seit vielen Jahren bereits einkommensabhängig Unterstützung für die Inselfamilien leistet. Damit erhalten viele Familien bereits jetzt eine Förderung.

Unklar ist noch, wie die Förderung der Schüler*innen des dänischen Schulvereins im 9. Jahrgang geregelt wird. Diese Schüler*innen können bereits jetzt nach dem alten Vertrag aus den 80er Jahren eine einkommensabhängige Förderung bekommen. Fraglich ist, ob es zusätzlich eine einkommensunabhängige Förderung nach dem neuen Modell geben soll, wie der nordfriesische Kreistag fordert.

Wir wollen ein System, das allen Schüler*innen von den Inseln und Halligen gleiche Bedingungen für den Schulbesuch bietet. Da sind wir uns mit dem SSW einig. Wir vertrauen der Landesregierung, dass sie mit dem Kreis Nordfriesland und den Ämtern und Gemeinden einen Vertrag verhandelt, der dies leistet.

Wir würden das Thema gerne im Ausschuss weiter beraten und bitten um Überweisung beider Anträge in den Bildungsausschuss.
